

Wichtigste Erkenntnisse

Streubomben-Monitor 2025

Status der Konvention über das Verbot von Streumunition von 2008

(Stand: 15. September 2025)

- Die Konvention über Streumunition hat 111 Vertragsstaaten und 12 Unterzeichnerstaaten. Die jüngsten Staaten, die der Konvention beigetreten sind, sind Südsudan und Nigeria. Im Südsudan trat die Konvention am 1. Februar 2024 in Kraft, in Nigeria, einem früheren Unterzeichnerstaat der Konvention, am 1. August 2023.
- Die Konvention verlor am 6. März 2025 einen Vertragsstaat, als der Austritt Litauens wirksam wurde. Es ist das erste Mal, dass ein Staat aus der Konvention ausgetreten ist.
- Eine jährliche Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA), die die Konvention unterstützt, wurde im Dezember 2024 von 121 Staaten angenommen, darunter 27 Staaten, die nicht Vertragsparteien der Konvention sind. Viele Staaten nahmen an der Abstimmung im Dezember nicht teil, stimmten jedoch während der ersten Beratung durch den Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung für Abrüstung und internationale Sicherheit im November über die Resolution ab, wobei 139 Staaten zustimmten. Russland war das einzige Land, das in beiden Gremien dagegen stimmte.

Einsatz von Streumunition

- Seit der Verabschiedung der Konvention im Mai 2008 gibt es keine Berichte oder Anschuldigungen über einen erneuten Einsatz von Streumunition durch Vertragsstaaten.
- Streumunition wurde in der Ukraine sowohl von russischen als auch ukrainischen Streitkräften während des Jahres 2024 und in der ersten Hälfte des Jahres 2025 eingesetzt. Es gab auch Berichte über den Einsatz von Streumunition innerhalb

Russlands und in von Russland kontrollierten Gebieten durch ukrainische Streitkräfte, die russische Ziele angriffen, jedoch konnten diese Angaben nicht verifiziert werden.

- Neue Einsätze von Streumunition wurden auch in Myanmar und Syrien dokumentiert.
- Thailand scheint den Einsatz von Streumunition im Grenzkonflikt mit Kambodscha im Juli 2025 eingeräumt zu haben. Keiner der beiden Staaten ist Vertragspartei der Konvention über Streumunition.
- Das israelische Militär behauptete, dass Streumunition bei einem iranischen ballistischen Raketenangriff auf Zentralisrael im Juni 2025 eingesetzt wurde.

Produktion

- 17 Länder produzieren weiterhin Streumunition oder behalten sich das Recht vor, dies zu tun: Ägypten, Brasilien, China, Griechenland, Indien, Iran, Israel, Myanmar, Nordkorea, Pakistan, Polen, Rumänien, Russland, Singapur, Südkorea, Türkei und die Vereinigten Staaten (USA). Keines dieser Länder ist Vertragsstaat des Übereinkommens.
- Der Streubomben-Monitor fand während des Berichtszeitraums Hinweise auf eine neue Produktion von Streumunition im Iran, in Myanmar, Nordkorea und Südkorea.
- Streumunition, die von Nordkorea produziert wurde, wurde 2025 in der Ukraine eingesetzt. Es ist unklar, ob sie von nordkoreanischen Streitkräften verwendet wurde, die gemeinsam mit Russland militärisch operierten, oder ob sie von Russland aus Nordkorea bezogen und von russischen Streitkräften in der Ukraine eingesetzt wurde.

Vernichtung und Aufbewahrung von Lagerbeständen

- Seit der Verabschiedung des Übereinkommens im Jahr 2008 haben insgesamt 42 Vertragsstaaten 100 % der von ihnen gemeldeten Streumunitionsbestände vernichtet – insgesamt 1,49 Millionen Streumunitionen und 179 Millionen Submunitionen. Peru war der letzte Vertragsstaat, der die Vernichtung seiner Lagerbestände im Dezember 2023 abgeschlossen hat.
- Nur sechs Vertragsstaaten behalten noch funktionsfähige Streumunitionen für zulässige Forschungs- und Ausbildungszwecke. Deutschland besitzt dabei die größte Anzahl (77 Streumunitionen und 4.851 Submunitionen).

Transfer

- Zwischen Juli 2023 und Oktober 2024 kündigten die USA mindestens sieben Transfers von Streumunition an die Ukraine an, wobei einige dieser Waffen über das Gebiet des Vertragsstaates Deutschland transportiert wurden. Die Ukraine könnte Streumunition seit 2022 auch von anderen Ländern erhalten haben, jedoch wurden Berichte über solche Transfers von den betreffenden Ländern dementiert.
- Im Juni 2024 bewarben Unternehmen aus Indien und Südkorea ihre Streumunition auf der Eurosatory-Rüstungsmesse in Frankreich, einem Vertragsstaat des Übereinkommens. Sowohl das Übereinkommen als auch das französische Recht verbieten die Bewerbung von Streumunition auf französischem Staatsgebiet.
- In der Vergangenheit haben mindestens 15 Länder mehr als 50 Typen von Streumunition an mindestens 60 andere Länder weitergegeben. Seit Inkrafttreten des Übereinkommens im August 2010 ist jedoch kein Vertragsstaat bekannt, der Streumunition außerhalb der im Übereinkommen erlaubten Zwecke geliefert hat.

Transparenzberichte

- Insgesamt haben 107 Vertragsstaaten einen ersten Transparenzbericht gemäß Artikel 7 des Übereinkommens eingereicht. Fünf Vertragsstaaten – Guinea, Kap Verde, die Komoren, die Republik Kongo und Ruanda – haben dies jedoch bislang nicht getan.
- Die Einhaltung der jährlichen Berichtspflicht ist insgesamt zufriedenstellend, allerdings reichen nur etwa die Hälfte der Vertragsstaaten regelmäßig aktualisierte jährliche Transparenzberichte ein.

Nationale Gesetzgebung

- Insgesamt haben 33 Vertragsstaaten spezifische Umsetzungsgesetze für das Übereinkommen erlassen. Das letzte Land, das eine nationale Umsetzungsgesetzgebung verabschiedet hat, war Niue im Jahr 2021.
- Weitere 22 Vertragsstaaten planen oder befinden sich im Prozess der Ausarbeitung, Überprüfung oder Verabschiedung spezifischer gesetzlicher Maßnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens, während 43 Vertragsstaaten ihre bestehenden Gesetze und Vorschriften als ausreichend ansehen.

Auswirkungen

Tote und Verletzte durch Streumunition

- Die Ukraine verzeichnete im dritten Jahr in Folge die weltweit höchste Zahl an jährlichen Toten und Verletzten. Seit Februar 2022 wurden dort über 1.200 Menschen durch Streumunition getötet oder verletzt.
- Weltweit wurden im Jahr 2024 insgesamt 314 Menschen als getötet oder verletzt durch Streumunition erfasst. Die tatsächliche Zahl dürfte jedoch deutlich höher liegen, da viele Todes- und Verletzungsfälle nicht gemeldet werden. Allein in der Ukraine wurden 2024 rund 40 Angriffe mit Streumunition gemeldet, bei denen die Zahl der Toten und Verletzten nicht angegeben wurde.
- Neue Todes- und Verletzungsfälle durch Streumunition wurden 2024 in neun Ländern registriert: Afghanistan, Irak, Jemen, Laos, Libanon, Mauretanien, Myanmar, Syrien und der Ukraine.
 - In all diesen Ländern – mit Ausnahme von Myanmar – wurden die neuen Todes- und Verletzungsfälle durch Überreste von Streumunition verzeichnet.
 - Tote und Verletzte durch direkte Angriffe mit Streumunition wurden in drei Ländern gemeldet: Myanmar, Syrien und Ukraine – allesamt keine Vertragsstaaten des Übereinkommens über Streumunition.
- Von den insgesamt im Jahr 2024 gemeldeten Opfern waren 257 das Ergebnis direkter Angriffe mit Streumunition, während 57 durch Überreste von Streumunition verursacht wurden.
- Streumunition und deren Überreste treffen weiterhin überproportional häufig Zivilpersonen. Alle im Jahr 2024 erfassten Todes- und Verletzungsfälle betrafen Zivilist*innen. Aufgrund unzuverlässiger Berichterstattung über getötete und verletzte Soldat*innen konnten diese jedoch nicht in die Datenbank des Monitors aufgenommen werden.
- Im Jahr 2024 fehlten nach Geschlecht und Alter aufgeschlüsselte Daten, insbesondere in konfliktbetroffenen Ländern, in denen die Berichterstattung schwierig war. Soweit das Geschlecht erfasst wurde, waren die meisten Getöteten und Verletzten Männer und Jungen.
- Kinder sind besonders durch Überreste von Streumunition gefährdet, insbesondere durch Submunitionen. Kinder machten 2024 42 % aller registrierten Getöteten und Verletzten durch Überreste von Streumunition aus.

Kontamination und Räumung von Streumunition

- Insgesamt sind 29 Länder und andere Gebiete durch Überreste von Streumunition kontaminiert oder vermutlich kontaminiert, wobei Myanmar – ein Nichtvertragsstaat – im Jahr 2024 neu zur Liste hinzugefügt wurde. Von den betroffenen Staaten sind 10 Vertragsstaaten: Afghanistan, Chile, Deutschland, Irak, Laos, Libanon, Mauretanien, Somalia, Südsudan und Tschad.
- Insgesamt haben 11 Vertragsstaaten die Räumung kontaminierter Gebiete abgeschlossen – zuletzt Bosnien und Herzegowina im Jahr 2023. Im Jahr 2024 hat kein Vertragsstaat die Räumung abgeschlossen.
- Vertragsstaaten, die durch Streumunitionsreste kontaminiert sind, haben im Jahr 2024 über 100 km² gefährliches Gebiet durch Räumung, technische und nicht-technische Untersuchungen freigegeben. Insgesamt führten diese Maßnahmen zur Zerstörung von mindestens 83.452 Streumunitionsresten. Die Anzahl der zerstörten Streumunitionsreste ist die höchste gemeldete Zahl in den letzten fünf Jahren.
- Von den kontaminierten Vertragsstaaten haben Chile, Deutschland, Laos und Mauretanien im Jahr 2024 mehr Land freigegeben als im Vorjahr. In Afghanistan, Irak, Libanon und Südsudan ging die jährlich geräumte Fläche zurück – hauptsächlich aufgrund sinkender Finanzierung. Im Fall des Libanon trugen zudem neue Konflikte dazu bei, dass Ressourcen und Prioritäten verstärkt auf Notfallmaßnahmen gelenkt wurden. Tschad und Somalia haben 2024 kein kontaminiertes Gebiet freigegeben.
- In der ersten Hälfte des Jahres 2025 haben Afghanistan, Chile, Libanon, Mauretanien und Somalia jeweils eine Verlängerung ihrer aktuellen Räumungsfristen beantragt.

Risikoaufklärung

- Im Jahr 2024 führten alle kontaminierten Vertragsstaaten Aktivitäten zur Risikoaufklärung durch, um vor den Gefahren durch Streumunitionsreste und andere explosive Gefahren zu warnen – mit Ausnahme von Chile und Deutschland, wo die kontaminierten Gebiete auf militärischem Gelände liegen und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.
- Männer und Jungen blieben die am stärksten gefährdeten Gruppen, da alltägliche Aktivitäten sie häufiger mit kontaminierten Gebieten in Kontakt bringen.
- Entsprechend dem hohen Risiko, dem sie ausgesetzt sind, stellten Kinder die Mehrheit der Begünstigten von Risikoaufklärungsmaßnahmen dar (59 %), darunter 31 % Jungen und 28 % Mädchen. Erwachsene machten die restlichen 41 % aus, mit 20 % Männern und 21 % Frauen.

Unterstützung für Opfer

- Die Maßnahmen zur Opferhilfe gemäß des Übereinkommens über Streumunition verzeichneten 2024 einige gezielte Verbesserungen, jedoch standen viele Vertragsstaaten vor erheblichen strukturellen und finanziellen Herausforderungen, die eine angemessene und zugängliche Versorgung erschwerten.
 - In Laos verzögerte sich ein mehrjähriges, von den USA finanziertes Programm, das bis 2027 verlängert wurde, aufgrund von Mittelkürzungen im Jahr 2025.
- Trotz eines leichten Anstiegs der Zahl der Begünstigten in Vertragsstaaten im Jahr 2024 blieb der Zugang zu Notfallversorgung, und fortlaufender medizinischer Versorgung sowie zu Rehabilitationsdiensten für Überlebende in ländlichen oder konfliktbetroffenen Gebieten eingeschränkt – insbesondere in Afghanistan und im Libanon.
- Die nationalen Gesundheitssysteme in den meisten von Streumunition betroffenen Ländern haben noch nicht die notwendige Nachhaltigkeit in der Dienstleistungserbringung erreicht. In einigen betroffenen Ländern, darunter Afghanistan, Libanon, Somalia und Südsudan, halfen internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs), bestehende Versorgungslücken zu schließen.
- Im Bereich der sozioökonomischen Eingliederung und finanziellen Unterstützung für Opfer wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt, sodass viele Bedürfnisse weiterhin unerfüllt blieben. Zahlreiche Überlebende von Streumunition hatten keinen Zugang zu Einkommensmöglichkeiten.
 - Montenegro verabschiedete jedoch im Jahr 2025 gesetzliche Änderungen, die zivilen Opfern ein Recht auf Entschädigung einräumen.
- Die wichtige psychologische Unterstützung fehlte häufig, insbesondere in Laos und Südsudan. In Afghanistan und Albanien wurden jedoch einige Verbesserungen in der Gesetzgebung und Koordination gemeldet.
- Anhaltende Konflikte behinderten den Zugang zu lebenswichtiger Opferhilfe und schwächten die Gesundheitssysteme in Ländern außerhalb des Übereinkommens, die kürzlich neue Kontaminationen, Tote und Verletzte durch Angriffe verzeichneten – darunter Teile des Jemen, Myanmar, Syrien und die Ukraine.